

OMAHA TRIBUNE

TRIBUNE PUBLISHING CO. VAL J. PETER, Pres. 1311 Howard St. Omaha, Neb.

Entered as second-class matter, March 14, 1879, at the postoffice at Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Preis des Tagesblatts: Durch Träger, per Woche... 10c Durch die Post, per Jahr... \$4.00 Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorauszahlung, per Jahr... \$1.50 Wochenblatt erscheint Donnerstags.

Kreisender Agent: Theodor S. Jensen.

New York Office, The German Newspaper Alliance, 45 West 34th St.

Omaha, Neb., 4. Januar 1913.

Zum Schutze der Einwanderer. Von der Ansicht ausgehend, daß

nichts die Hunderttausende von Einwanderern, die alljährlich in unserem Staate landen, vor Ausbeutung und Verhinderung schützen und sie zugleich über die hiesigen Arbeits- und Transportverhältnisse besser aufklären kann, als eine offene Darlegung der Zustände, hat das New York State Bureau of Industries and Immigration, No. 95 Madison Ave., eine Art „Erziehungs-Abteilung“ eröffnet. Der Gedanke stammt vom staatlichen Arbeitskommissar John Williams. Man beabsichtigt, das angeforderte Ziel durch leicht verständliche, in fremden Sprachen verfaßte Pamphlete zu erreichen, die unter den Einwanderern verteilt werden und alles enthalten sollen, was für diese bezüglich der hiesigen Verhältnisse wissenswert ist. Joseph Sawyer, der amtierende Haupt-Bezirkerstatter des Bureaus, hat schon seit längerer Zeit eine Menge statistischen Materials zu dem Zwecke zusammengetragen, und im Uebrigen verläßt sich das Bureau auf die Zeitungen als seine Mitarbeiter im Interesse der guten Sache.

Wilson und Bryan.

Ueber die Unterredung, welche der zukünftige Präsident der Ver. Staaten am letzten Samstag in Trenton mit dem Manne von Nebraska gehabt hat, ist nichts Bestimmtes bekannt geworden. Die Mitteilungen darüber klingen sehr widersprüchlich. Am meisten Glauben scheint diejenige zu finden, nach welcher Herr Wilson jenen die Wahl zwischen einem Kabinetts- oder einem Postfachposten gelassen hat. Aber — „nichts Gewisses weiß man nicht.“

Man neigt übrigens im allgemeinen der Ansicht zu, es würde dem erwählten Präsidenten weit lieber sein, Bryan als Postfachpost ins Ausland senden zu können, als ihn als Mitglied seiner offiziellen Familie, sogar an der Spitze dieser, als seinen ersten, mit seinem Rat nicht sorgenden amtlichen Ratgeber in seiner Nähe zu haben.

Bryan selbst hält sich betreffs seiner Pläne, Wünsche und Absichten in Schweigen. Auch aus der letzten Nummer der „Commoner“ ist darüber nichts zu erfahren. Dagegen findet sich darin ein Artikel aus dem „Enc. Enquirer“, in welchem es als wahrscheinlich hingestellt wird, daß Bryan unter Wilsons Administration an politischer Macht gewinnen werde. Die Reproduktion dieses Artikels im „Commoner“ ist, so bemerkt der Milwaukee „Herald“, in der Tat sehr bezeichnend.

Die südslawische Gefahr.

In den „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland“ wird betreffs des österreichisch-serbischen Gegenjahren auf ein Moment hingewiesen, welches dem Konflikt die eigentliche Bedeutung verleihe und dabei bisher nicht genügend hervorbetreten sei. Es handele sich um mehr als einen kleinen Hafen an der Adria, ganz anders und größere Dinge hängen auf dem Spiel, als die Autonomie Albanien. Der Balkanbund bedrohe mit der Zusammenfassung der bisher zerstückelten und in klein-staatlichen Gegenjahren lebenden Südslawen nicht nur den österreichischen Staat, sondern auch das ganze deutsche Volk. Es heißt da:

Die Tatsache allein, daß von nun an das österreichische Deutschtum im Süden ebenso wie im Norden starke slawische Kräfte abzuwehren haben wird, beweist die gefährliche Veränderung, die die jüngsten Ereignisse auf dem Balkan für seine nationale Erhaltung und seinen politischen Einfluß im österreichischen Staat herbeigeführt haben, um so gefährlicher, als die gewaltige Vormacht des Slaventums im Norden, Rußland, zu den südslawischen Völkern besonders enge Beziehungen unterhält. Es handelt sich demnach für den österreichischen Staat darum, sich gegen die immer stärker drohende Umklammerung durch das Slaventum zu wehren. Das Deutsche Reich hat das höchste Lebensinteresse daran, ihn hierbei zu unterstützen. An dem Erfolg dieser Abwehr hängt der Fortbestand des deutschen Volkstums als einflussreichen Faktors im Habsburger Staat und damit auch dessen Bündnisfähigkeit für unser Deutsches Reich.

Die Haltung der südslawischen Slawen im Bunde mit den nord-slawischen radikalen Slawen im österreichischen Reichsrat den Mobilisierungsvorlagen gegenüber und die slawischen Demonstrationen in der Doppelmonarchie zugunsten der serbischen Forderungen lassen die oben geschilderte Gefahr deutlich erkennen. Diese Gefahr bedroht indessen nicht allein das gesamte Deutschtum, die Bedrohung richtet sich nicht wenige gegen den österreichischen Staat und gegen die Dynastie. Die Habsburger-Dynastie und der Habsburger Staat sind den berechtigten Ansprüchen des eigenen Deutschtums gegenüber oft recht zurückhaltend gewesen. In den heutigen kritischen Zeiten aber sind die deutschen Regimenter nach den gefährdeten Punkten gesandt worden, weil man den slawischen Elementen nicht einmal in der Armeetrout.

Die südslawische Gefahr sollte, so meint die N. Y. St. Ztg., dazu führen, daß die Deutschen Oesterreichs wieder zu größerem politischen Einfluß im eigenen Lande, bei der Krone und bei der Regierung gelangen.

Das Attentat in Delhi.

Mer Glanz des im vergangenen Jahre in Kalkutta abgehaltenen Krönungs-Darbars war verblüht hinter dem Eindruck der Ankündigung des Königs-Kaisers George, daß die Hauptstadt des indischen Reiches verlegt werden sollte. Von Kalkutta, dem Herzen des Hindustans, nach Delhi, der alten Kaiserstadt, der großen Erinnerung des einstmaligen mohammedanischen Reiches. Die britische Herrschaft in Indien, dessen dreihundert Millionen Bewohner von kaum tausend weißen Zivilbeamten und einer englischen Armee von 70,000 bis 80,000 Mann kontrolliert werden, hat sich bisher in dieser Linie auf die muslimanischen Elemente der eingeborenen Völker gestützt. Der große Aufstand des Jahres 1857 hätte wahrscheinlich einen ganz anderen Ausgang genommen, falls sich die Muhammedaner den Hindus angeschlossen. Die gesamte britische Weltpolitik muß, wie die kürzlichen Geschicknisse und Entwicklungen in Europa und in Afrika wieder einmal deutlich gezeigt haben, mit den Muhammedanern Indiens rechnen.

Lord Hardinge, der Vizekönig von Indien, ist einer der eifrigsten Befürworter der Idee der Verlegung der Hauptstadt gewesen. In einem Memorandum an das Londoner Staatssekretariat hatte er alle die Gründe für die Idee aufgezählt. Und er hatte in seinem Memorandum auch die Ueberzeugung ausgesprochen, daß im Laufe der Zeit die gerechten Forderungen der Indier noch einem größeren Anteil an der Regierung erfüllt werden müßten. Seine amtlichen Berichte sind außerordentlich optimistisch gewesen, und die sanftmütige Agitation, welche sich zu „Blutiger Vergeltung“ verhießen, haben in der Tat nachzulassen.

Sie hat dem Einzug des Vizekönigs in die neue Hauptstadt geschleuderte Bombe hat den Optimismus Lord Hardinges Lügen gestraft. Gerade er, der so entschieden eingestuft für die Forderungen der Indier, die er als unabweisbar anerkannt, sollte zum Opfer ausgetreten werden. Wahrscheinlich, wenn ein Hindui ist, möglich, daß die Verlegung der Hauptstadt

seinen Fanatismus bis zum Meuterei ausgedehnt hat, wie ungeheuerliche Feiern und Möglichkeiten können indessen die Tatsache nicht verschleiern, daß die Säkularisation in Indien keineswegs im Abnehmen begriffen ist. Diese Säkularisation hatte eine gewaltige Förderung durch die Siege der Japaner erhalten und sich auch auf die Muhammedaner ausgebreitet, seit die Kunde durch die Welt des Islams läuft, daß den Anhängern des Propheten der Untergang geschworen sei. Und an der Spitze der Bewegung stehen gerade die Gebildeten des indischen Volkes, welchen auf englischen Lehranstalten der Verstand geschärft und der geistige Horizont erweitert worden ist.

Der Akt der Bombe, welche beim Einzug-Darbar zu Delhi gegen den Vizekönig geschleudert worden ist, wird ein lautes Echo werden und Londoner Staatsmänner zu ernstem Nachdenken veranlassen. Sie stehen vor einem schweren Dilemma. Sie können nicht mehr zurück in Erfüllung der „gerechten Forderungen“ der Indier. Und sie müssen erleben, daß nach jeder Erfüllung die Forderungen weiter greifen, und daß die Säkularisation, wie sie sich in den Blutatmen und Mordversuchen äußert, durch keine äußeren Maßnahmen eingeschränkt werden kann.

Indien bildet das Herz Englands. Was will alle „deutsche Gefahr“ bedeuten gegen die Hand, welche zum Stoß gegen das Herz ausholt?

Unangenehme Wahrheiten.

Für unsere prohibitionistischen Freunde gibt es kaum eine unangenehmere Lektüre, als die Berichte des Binnensteuerdepartements, meint die „Milw. Germania“. Denn darin finden sie die amtliche Bestätigung einer Tatsache, die ihnen gar nicht in den Kram paßt, der Tatsache nämlich, daß sie mit ihrer Propaganda die Sache der Mäßigkeit aufs empfindlichste schädigen. Darauf werden sie auch durch den jüngsten, soeben veröffentlichten Bericht wieder mit der Nase gestoßen. Darin ist nämlich zu lesen, daß die Gesamtproduktion von gebrannten Spirituosen, Bier mit eingerechnet, während des Fiskaljahres 1911 um mehr als einen Million Faß abgenommen hat, doch dagegen die Produktion von destillierten Spirituosen die größte in der Geschichte des Landes war. Der Whiskeykonsum war ein so ungeheurer, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung mehrere Gallonen per Jahr kamen. Die Prohibition hat also zur Folge, daß sich die amerikanische Nation immer mehr von dem leichten, harmlosen Bier dem Whiskey mit seinem hohen Alkoholgehalt zuwendet und das ist natürlich vom Standpunkte der Mäßigkeit so ziemlich das schlimmste, was geschehen könnte. Besonders auffällig zeigt sich diese Erscheinung in den sogenannten trockenen Staaten, weil der Whiskey aus naheliegenden Gründen leichter einzuführen ist, als das Bier.

Auch in dem den Mondschneibrennereien gewidmeten Abschnitt des Berichts tritt uns die schlimme Wirkung der Prohibition entgegen. Es heißt da: „Während des Fiskaljahres 1912 wurden 2465 ungelegliche Destillier-anlagen konfisziert, etwa dieselbe Zahl, wie im vorigen Jahre. Und wir müssen zugeben, daß die Regierung nicht alle Verleher des Gesetzes erwischt hat. Eine große Zahl der „Mondschneibrennereien“ sind noch im Betrieb, wodurch der Regierung große Verluste an Binnensteuern erwachsen. Ungelegliche Destillieren und „Bootlegging“ herrscht in folgenden Staaten am meisten vor: Georgia, Alabama, North Carolina, South Carolina, Tennessee und Virginia.“

Von den oben angeführten Staaten haben Georgia, North Carolina und Tennessee Prohibition. In Alabama ist sie durch County-Option eingeführt worden, aber nur in den größeren Städten sind die Wirtschaften wieder eingeführt worden, während in den Land-Counties die Prohibition, die Stillstande und die Mondschneibrennerei in höchster Blüte stehen. Wo also die Prohibition ihren Eingang hält, da folgt ihr der Schnapsteufel, unter dessen Regime der heimliche Saff so vorzüglich gedeiht.

Die Beherrschung des Wassertransports durch die Eisenbahnen wird in dem Bericht des neuen Ver. Staaten Korporations-Kommissars Corant ausführlich dargelegt. An der atlantischen und Golf-Küste sind die Dampfer-Linien Eigentum der Eisenbahnen, die dafür sorgen, daß ihnen das Wasser keine Konkurrenz macht. Unerbittlicher Ausbeutung, wie der Wassertransport zwischen den großen Häfen der atlantischen Küste und des Golfs fähig wäre, ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Schiffe überaus gering. Es wird darauf hingewiesen, daß das Volk bloß die Eisenbahnen als Transportmittel benutzen soll. Konkurrenz kann nicht aufkommen, denn diese wird, sobald sie sich zeigt, durch eine ruinöse niedrige Frachtrate verdrängt. Dieser Kampf wird auch gegen Kanäle geführt. Um dort die Schifffahrt zu entmündigen, wird ein Tarif angelegt, bei dem kein Schiffsbesitzer bestehen kann, und sobald er aus dem Feld geschlagen ist, wird der Tarif wieder in solchem Maße erhöht, daß es vorteilhafter ist, die Eisenbahnen zu benutzen. Mit der Schifffahrt auf dem Ohio und dem Mississippi verhält es sich in gleicher Weise. Das neue Gesetz hat der zwischenstaatlichen Kommission weitere Gewalt zur Regelung der Frachtpreise für kombinierten Eisenbahn- und Wassertransport gewährt, sie scheinen aber nicht genügend, um das Monopol zu brechen. Weitere Maßregeln sollten getroffen werden, und wenn sie so weit gehen, der Bundes-Regierung ein Schlepplimonopol einzuräumen. Die unberechtigten Ausbeutung des Publikums muß auf irgend eine Weise ein Ende nehmen, gleichviel wie praktisch die Mittel sein mögen, die man hierzu in Anwendung bringt. (Enc. Volksbl.)

Einführung einer Besitzsteuer im Deutschen Reich.

Die Finanzminister der besteuerten Einzelstaaten werden kurz nach Neujahr in Berlin zusammentreten, um über die Besitzsteuer-Frage Beratung zu pflegen. In seiner letzten Sitzungsperiode hat der Reichstag mit überwältigender Mehrheit den Beschluß gefaßt, daß eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer-Vorlage dem Reichstag bis zum dreißigsten April 1913 zu unterbreiten ist. Die Steuer soll spätestens am ersten Oktober 1916 in Kraft treten. Sie ist nötig zur Deckung der erheblichen Kosten, welche die Durchführung der neuen Währungsreform bedingt, und ist bestimmt, die Lücke auszufüllen, welche noch in der Reichsfinanzreform besteht.

Ueber die Ausföchten der Vorlage schreibt die „N. Y. Staatsztg.“: Es darf angenommen werden, daß unter den größten Bundesstaaten schon im Prinzip eine Einigung erzielt sein wird, noch ehe die Konferenz der Finanzminister bestimmt, welche Besitzsteuerart dem Reichstag in Vorschlag gebracht werden soll. Nach den heftigen Auseinandersetzungen, welche seinerzeit in der Budget-Kommission erfolgten, als man auf der Suche nach der geeigneten Deckung für die Kosten der gesteigerten Wehrtrost war, kann kein Zweifel obwalten, daß auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in der Kommission wie im Plenum des Reichstags noch manche erregte Szene sich abspielen wird. Aber eine Besitzsteuer, wobei in der Hauptsache Vermögens- oder Erbschaftsteuer in Betracht kommt, wird aufgelegt werden. Das steht schon jetzt fest. Sie wird bei der großen Masse des Volkes auch außerordentlich populär sein, da sie einzig und allein die starken Schultern belastet, welche die Bürde tragen können.

Auch über die Frage der Matritularbeiträge werden die Finanzminister sich verständigen müssen. Die Frage ist aus dem Grunde aktuell, wie der Anstausdruck lautet, weil die gelegentlich der Finanzreform unter den Bundesregierungen getroffene Vereinbarung, die Matritularbeiträge auf achtzig Pfennig pro Kopf der Bevölkerung für einen Zeitraum von fünf Jahren festzusetzen, am ersten April 1914 abläuft. Der Reichstag hat bisher dieses Abkommen stillschweigend gutgeheißen. Verschiedene kleinere Bundesregierungen streben nun an, diese Vereinbarung auf weitere fünf Jahre zu erneuern, aber nicht auf Grund eines stillschweigenden Uebereinkommens, sondern im Wege einer gesetzlichen Festlegung. Wie sich der Reichstag zu

Samuel Wilson's in seiner Geburtsstadt Staunton, Va.



In seiner Vaterstadt Staunton eingetroffen, wo Gov. Wilson seinen 56. Geburtstag verlebte, wurden ihm viele Ehren zuteil. Paraden wurden abgehalten, Festlichkeiten aller Art arrangiert, und Herr Wilson selbst Trau wurden allenfalls gefeiert.

diesen Plänen verhalten wird, steht dahin. Sider ist, daß die Finanzlage des Deutschen Reichs neuerdings alle Symptome der Gesundung zeigt. Sie bedarf aber der strengen diätetischen Behandlung, wenn kein Rückfall eintreten soll. Vor einem Jahrzehnt begann die Periode der ungelungen Fußsuhnanleihen, mit welchen vor aller Welt eingestanden wurde, daß ein Ausgleich zwischen Aktivum und Passivum des ordentlichen Staats auf regelrechtem Wege nicht mehr gefunden werden konnte. Das hat endlich aufgehört. Eine verständige Besitzsteuer wird vollends dafür sorgen, daß die Defizitwirtschaft nicht wiederkehrt und in die Finanzen des Reichs, bei fortgesetzter planmäßiger Schuldentilgung, die gewünschte feste Ordnung kommt.

Blos der Schein, oder auch das Sein?

Der Vorstand der Deutschamerikanischen Friedensgesellschaft erklärt in der „Amerikanischen Turnzeitung“ einen Aufruf, in dem alle gebeten werden, sich mit ihren Freunden in Verbindung zu setzen und durch Proteste in Washington „einen neuen Verrat an der Sache der Volksrechte“ zu verhindern, den die Gesellschaft darin sieht, daß vom 1. Juli 1913 an den Mitgliedern der Staatsmilizen von der Bundeskasse 25 Prozent der Löhnung eines Bundesoldaten gezahlt werden und sie dafür verpflichtet sein sollen, 45 Mal im Jahre einen Abend zu erzieren. Der Aufruf weist darauf hin, daß damit jeder verfassungsmäßige Einwand gegen die Verwendung der Milizen im Ausland fallen würde, da sie freiwillig Bundesstruppen werden würden. Und er sieht darin eine bedenkliche Stärkung des Militarismus.

Auf der anderen Seite liegt in der Verpflichtung, an jedem Kriege teilzunehmen, aber auch ein sehr für Frieden wirkendes Element. Es ist eine ganz andere Sache, ob man seine Haut zu Felde tragen muß, oder dafür zahlt, daß geworbene Kruppen es tun. Auch in der Verpflichtung zur Ausbildung können wir kein Unglück sehen. Im Gegenteil. Unausgebildete Kruppen, auch wenn man sie Milizen nennt, sind häufig schlimmer wie gar keine. Für die Gesundheit und die Ordnungsliebe der Nation wird sogar ein etwas ernstlicher Dienstbetrieb ganz zuträglich sein. Soldatendienst ist ein großes Volkserziehungsmittel. So eine Art Fortbildungsschule. Da der Eintritt freiwillig erfolgt, so ist wirklich nicht zu verstehen, warum wir uns dagegen sträuben sollen, daß die Nationalgarde das auch wirklich leistet, was sie leisten zu wollen vorgibt, und warum wir dagegen protestieren sollen, wenn ihre Glieder nicht nur Soldat spielen, sondern auch angehalten werden sollen, es wirklich zu sein.

W.B. Reduso CORSETS. REDUZIEREN Ihre FIGUR von 1 bis 5 Zoll. VERKAUFT IN ALLEN GESCHNEITTEN KON. 3. AUFWARTS. WEINGARTEN BROS. Fabrikanten Broadway 34 St. N.Y.

Onyx Hosiery. Günstige Einkaufspreise von der „Onyx“ Marke hält länger, als andere. Für Männer, Frauen und Kinder in allen Größen von 26 1/2 bis 30 1/2 Zoll. In jeder Größe ist ein Paar zu haben. Man achte darauf, daß jedes Paar mit obiger Schutzmarke versehen ist. In allen Städten zu haben. LORD & TAYLOR, Spezial-Brücker, NEW YORK.

M. Levinson H. Samuels. Orpheum Cleaners and Dyers. Kleider gereinigt, aebüelt, gefärbt, geändert und ausbeßert. Grosser Verkauf von Anzügen und Ueberziehern. Sachen abgeholt und abgeliefert. Phone Red 3051 Omaha.

The Capitol Ave. Laundry. 1614 Capitol Ave. Arbeit bester Qualität zu den niedrigsten Preisen. Kragen . . . 2c Manchetten . . . 4c Neglige Hemden . . . 5c Bringt eure Wäsche hierher. Telephon South 164.

E. R. TUTSCH. Händler in Feinen Weinen, Likören und Cigarren. Verkäufer von „Elys“ N. W. Ecke 21. u. S. Str., — Süd Omaha.

Wenn Ihr einmal verjuchet Werdet Ihr immer kaufen Edelweiss oder Falstaff Bier.

HENRY ROLFF. Händler in allen Sorten von Weinen, Likören und importierten Bieren. „Ihr erinnert Euch der Qualität lange nachdem der Preis vergessen. Telephon Douglas 876 2567-69 Leavenworth ... OMAHA